

Informations-Pflichten:

- unternehmensbezogen: Art. 5 ECRL (§5 ECG), §25 MedienG
- vertragsinhaltsbezogen (produktbezogen): Art. 4 + 5 FARL (§§ 5c + 5 d KSchG)
- vertragsabschlussbezogen: Art 10 ECRL (§9 ECG)

Transparenzgrundsatz: Informationspflichten müssen vollständig von einem Unternehmer auf seiner Website umgesetzt werden. Es reicht nicht aus die Informationen IRGENDWO hinzuschreiben. Die Informationspflichten müssen aus der Sicht des Durchschnittsverbrauchers dort zu finden sein, wo er auch erwarten darf diese zu finden. Bereits auf der Indexseite. Es soll klar und deutlich sein, wo der Verbraucher klicken muss, um zu der gewünschten Information zu gelangen.

Informationspflichten sind nur in Zusammenhang mit dem Transparenzgrundsatz sinnvoll. Wenn man den Transparenzgrundsatz verletzt, verletzt man somit eigentlich auch die Informationspflichten. Dafür kann man bestraft werden. Vollständige Informationen auf der Seite allein reichen nicht aus. Sie müssen also dem Transparenzgrundsatz entsprechen.

Übliche Bezeichnung für diese Links in der Navigationsleiste ist zB. "Impressum". S. 15 E-Commerce- und Internetrecht:

Art. 5 (1) a: Der Name des Diensteanbieters muss vorhanden sein (damit ist nicht der Anbieter von Dienstleistungen gemeint, sondern ein Ausdruck des Gesetzgebers für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft, d.h., jeder, der im Internet wirtschaftlich tätig ist).

Vertragsinhaltsbezogene und vertragsabschlussbezogene Informationspflichten sind nur zu erfüllen, wenn es auch online zu bestellende Produkte (online-shop gibt). Ansonsten muss man IMMER die unternehmensbezogene Informationspflicht erfüllen.

Ebenfalls anzugeben: die geographische Anschrift.

Art. 5 (1) c: e-Mail-Adresse muss immer als Kontaktmittel zwingend angegeben werden. Man braucht auch eine andere Kommunikationsform (Postanschrift ist nicht ausreichend!). Das erreicht man am einfachsten mit einer Telefonnummer. Die e-Mail-Adresse muss aber auch eine sein, die man tatsächlich benutzt, d.h., der Unternehmer muss das Postfach mindestens ein mal pro Werktag leeren.

Art. 5 (1) d: Der Unternehmer muss seine Handelsregisternummer/Firmenbuchnummer angeben. Damit kann man die Firma eindeutig identifizieren.

Art. 5 (1) e: Unternehmen müssen ihre Aufsichtsbehörde angeben. Allerdings nur jene Unternehmen, soweit für die Tätigkeit des Unternehmens eine Zulassung erforderlich ist (zB. Versicherungen, Banken etc.).

Art. 5 (1) f: gelten für regelmentierte Berufe (zulassungspflichtige Berufe, zB. Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Handwerksberufe). Diese Berufe müssen drei spezielle Informationspflichten erfüllen: müssen a bis e erfüllen und zusätzlich:

- Kammerzugehörigkeit (Ärztekammer, Apothekerkammer, ....)
- Berufsbezeichnung und Mitgliedsstaat, der die Berufsbezeichnung verliehen hat
- Berufsrechtliche Regelungen (nicht zur Gänze, der Verweis reicht) und Angaben dazu, wie diese berufsrechtlichen Regelungen zugänglich sind (Quellenangabe oder Link)

Art. 5 (1) g: Mehrwertsteueridentifikationsnummer UID-Nr muss angegeben werden (in Europa das beste Identifikationsmittel, da nicht alle Unternehmen im Firmenbuch eingetragen sind).

§25 MedienG: nicht immer zur Gänze anwendbar. §25 (5) immer anwendbar. (1) + (4) nur unter gewissen Voraussetzungen.

§25 (5): S. 433 Anzugeben ist auch der Unternehmensgegenstand (welcher Branche gehört man an) und der Wohnsitz oder des Sitzes des Medieninhabers (Betreiber der Webseite).

(1) + (4) nur dann anwendbar, wenn der Unternehmer Inhalte auf seiner Website hat, die geeignet sind, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen (zB. Zeitungen etc.)

Art 4 FARL: vertragsinhaltsbezogene Informationspflichten, die der Unternehmer VOR Vertragsabschluss dem Kunden bereit stellen muss.

## Art 5 FARL: Informationen NACH Vertragsabschluss.

S. 36 Art 4 FARL: "Lieferer": nicht Auslieferer, sondern das vertragsabschließende Unternehmen. Adresse anzugeben. Wesentlichen Eigenschaften der Ware und Dienstleistung. c) Anzugeben ist der Preis der Ware einschließlich aller Steuern. Gegebenenfalls die Lieferkosten.

Art 3 FARL (2): Unterbringung, Beförderung, etc. sind ausgenommen von diesen Artikeln

Jeder Verbraucher hat ein garantiertes Rücktrittsrecht vom Vertrag: gerechnet vom Zeitpunkt, wo die Ware einlangt, hat man 7 Tage Zeit vom Vertrag zurückzutreten. Rücktrittsrecht ist in den AGB geregelt.

Der Unternehmer muss aber keinen Vertrag mit einem Kunden eingehen (wenn er zB. ständig die Sachen zurückschickt).

g) Mehrwertdiensteanbieter müssen über Gebühren informieren (nicht über den Grundtarif). Bei Verträgen, die über längeren Zeitraum gehen, muss über die Mindestlaufzeit informiert werden.

Art 5: Vom Artikel 4 sind Informationen schriftlich zu bestätigen: a) - f). g, h, i kann man schriftlich bestätigen, muss aber nicht.

Anzugeben: Garantiebedingungen, Kündigungsbedingungen (bei Verträgen, die mind. 1 Jahr laufen)

## Art. 10 ECRL (1): S. 17

a) anzugeben sind die einzelnen technischen Schritte, die zu einem Vertragsabschluss führen. Er soll also eine Hilfefunktion oder Bedienungsanleitung zur Verfügung stellen für den Bestellvorgang. Entweder durch eine verbale Beschreibung oder durch Symbole. Dadurch soll ein ungewollter Vertragsabschluss gewährleistet werden.

b) man muss angeben, ob der Vertragstext vom Unternehmen gespeichert wird. Am ehesten in den Datenschutzbedingungen/Privacy zu finden.

c) EU hat einen Standard definiert: Das Erfordernis einer Review-Seite. Diese muss zwingend mit eingebaut sein. technische Mittel zur Kennung und Korrektur von Eingabefehlern. Der Kunde hat dort die Möglichkeit zu erkennen, ob er einen Eingabefehler gemacht hat und er soll diese auch korrigieren können. Der Unternehmer muss auch zwingend definieren, welche Sprachen Vertragssprachen sind.

Art. 10 ECRL (2): Einschlägige Verhaltenskodizes sind anzugeben. Jene Kodizes, die mit einem Verhaltenskodex zu tun haben. zB. e-Commerce-Gütesiegel ([www.guetezeichen.at](http://www.guetezeichen.at)).

Art. 10 ECRL (3): Der Vertragstext als auch die AGB müssen downloadbar sein. AGB gelten niemals automatisch. Sie müssen vertragsrechtlich immer vereinbart werden. AGB müssen verlinkt sein.